

ZWISCHEN HILFERUFEN VON UNTEN UND DRUCK VON OBEN

DIENSTVERWEIGERERN WEHT IN PUTINS RUSSLAND EIN IMMER EISIGERER WIND ENTGEGEN. V.A. MENSCHEN AUS ÄRMEREN SCHICHTEN DROHEN GEFÄNGNIS ODER ARBEIT IN STRAFBATAILLONEN. UND NGOS WIE DIE SOLDATENMÜTTER SIND ZUNEHMENDER REPRESSION AUSGESETZT.

1991 gründeten betroffene Mütter und einige Väter die Nichtregierungsorganisation «Soldatenmütter von St. Petersburg». Seither hilft die Organisation stellungspflichtigen Dienstleistenden, sich auf legalem Weg von der Armee dispensieren zu lassen. Die Soldatenmütter bieten zweimal wöchentlich eine «Schule der Menschenrechte» an, in der sie Interessierten zeigen, welche Rechte ihnen zustehen im Zusammenhang mit dem Militärdienst und wie sie sich selbst helfen können. Klaus Ammann hat die Vorsitzende und Mitbegründerin der Soldatenmütter, Ella Michailowna Poljakowa, in St. Petersburg getroffen.

Klaus Ammann: Ella Michailowna, seit 16 Jahren gibt es die Organisation «Soldatenmütter von St. Petersburg». Was haben Sie in dieser Zeit erreicht?

Ella M. Poljakowa. Wir haben bisher rund 150'000 Stellungspflichtigen erfolgreich gezeigt, wie sie den grausamen Zuständen in der russischen Armee entgegen können. Über 90 Prozent der jungen Russen aus den ärmeren Schichten sind nicht gesund. Obwohl sie den Tauglichkeitskriterien der russischen Armee nicht entsprechen, werden sie widerrechtlich eingezogen. Wir zeigen den Stellungspflichtigen, wie sie sich von unabhängiger Seite medizinische Beweise für ihre Untauglichkeit ausstellen lassen können und wie sie ihren eigenen Fall vor den Militärbehörden durchsetzen können. Das ist in der Regel ein monatelanger Prozess. Noch viel aufwändiger ist die Legalisierung der

«Davongelaufenen». Wir sprechen bewusst nicht von Deserteuren, da dieser Begriff die negative Optik der Armee wiedergibt, während wir in der Flucht aus der Armee einen Akt von Zivilcourage sehen. Über 10'000 «Davongelaufene» erreichten in den vergangenen Jahren mit unserer Hilfe ihre legale Demobilisierung. In diesem Bereich ist unsere Arbeit in den letzten Monaten jedoch bedeutend schwieriger geworden.

Woran liegt das?

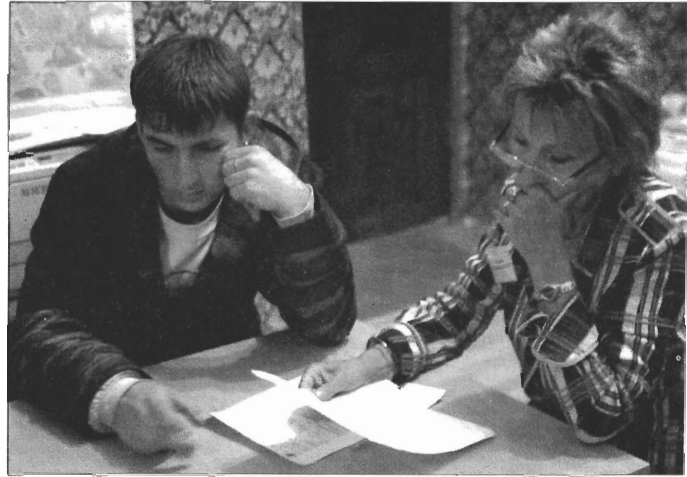
Zurzeit gelingt es uns nur noch in rund 30 Prozent der Fälle, die jungen Männer vom Militärdienst zu befreien, in dem wir sie aus gesundheitlichen Gründen demobilisieren lassen. Grund ist einerseits die Unterwürfigkeit vieler Russinnen und Russen: Die Leute haben unglaublichen Respekt gegenüber Beamten. Für viele ist das Wort eines Beamten Gesetz, obwohl es in vielen Fällen dem verbrieften Recht diametral widerspricht. Und so geben viele Militärdienstleistende beziehungsweise ihre Angehörigen auf, wenn ihnen ein Beamter dies befiehlt. Wir versuchen, den Leuten in unseren Seminaren Selbstvertrauen sowie Kenntnisse über ihre eigenen Rechte und die Russländische Verfassung zu vermitteln. Doch in der immer autoritäreren Atmosphäre, reicht das oft nicht.

Kommt hinzu, dass die Armee die «Davongelaufene» viel häufiger als früher direkt ins Gefängnis steckt, wenn sie – mit unserer Unterstützung – beantragen, aus gesundheitlichen Gründen demobilisiert zu werden. Das ist widerrechtlich – eigentlich müssten diese Anträge untersucht und die medizinischen Beweise, die wir vorlegen, begutachtet werden. Doch die Praxis sieht leider heute nicht so aus.

Und können eingesperrte Soldaten in dieser Situation überhaupt noch etwas tun?

Ja, aber es ist sehr schwierig. Oft verstehen die Angehörigen die Situation nicht. Sie werden manipuliert und können sich nicht wehren. Das hängt mit ihrer Armut und mit dem mangelnden Selbstbewusstsein zusammen. Beispielsweise Roman M.: Der junge Mann wurde in der Armee so schwer misshandelt, dass er floh. Doch er wurde wenig später wieder gefasst und vor ein Militärgericht gestellt. Dort wurde ihm ein bezahlter Anwalt aufgeschwatzt, der ihm vorschlug, vor Gericht zu gehen. Das ist heute so üblich. Vor Gericht interessieren die Gründe der Flucht – in den allermeisten Fällen die äusserst unmenschlichen Bedingungen in der russländischen Armee – niemanden. Die Soldaten werden wegen Desertion zu Gefängnis oder zu Dienst in einem so genannten Disziplinierungsbataillon verurteilt. Im Fall von Roman M. haben wir uns eingeschaltet. Er hat den vorgeschlagenen Anwalt abgelehnt und unsere Anwältin hat einen ganzen Tag lang dargelegt, wie Roman M. gefoltert worden war in der Armee und dass er deswegen geflohen sei. Schliesslich hat ein Soldat vor Gericht zugegeben, Roman geschlagen zu haben. Das hat dem Gericht und vor allem den Armeevertretern überhaupt nicht gepasst. Ob wir Roman M. überhaupt frei bekommen, ist jedoch noch völlig offen.

Die «Soldatenmütter von St. Petersburg» machen seit Jahren auf die katastrophale Lage der Menschenrechte in der Russländischen Armee aufmerksam – hat Präsident Putin da irgendwelche Verbesserungen herbeigeführt?



Ella im Gespräch mit jungen Stellungsobpflichtigen

Im Gegenteil: Zwar werden in letzter Zeit anstelle der gewöhnlichen Rekruten immer mehr so genannte Vertragssoldaten angeheuert. Oft wird Soldaten nach ihrer Dienstzeit ein solcher Vertrag angeboten. Das heisst, sie werden zu eigentlichen Berufssoldaten, die für ihre Arbeit nicht nur einen mageren Sold, sondern einen echten Lohn erhalten. Unter anderem, so versprach die Militärführung, den systematischen Menschenrechtsverletzungen unter den Militärdienstpflichtigen ein Ende zu bereiten. Doch mittlerweile herrscht unter den Vertragssoldaten eine ähnliche «Grossväterherrschaft» wie im Rest der Armee – die länger Dienenden („Grossväter“) foltern die jüngeren, lassen sie Arbeiten für sich ausführen und nehmen ihnen den Lohn ab.

Die Kriege in Tschetschenien haben zu dieser Verrohung der Armee massgeblich beigetragen. Ein Beispiel: vor wenigen Wochen ist in einer Kaserne in der Nähe von St. Petersburg ein junger Soldat zu Tode gequält worden. Verantwortliche sind keine auszumachen. Doch die Eltern des verstorbenen Soldaten kämpfen mit unserer Unterstützung dafür, dass die Umstände des gewaltsamen Todes offiziell untersucht werden. Falls die Bemühungen hier in Russland keinen Erfolg zeigen, werden wir diesen Fall vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bringen.

Sie haben die zunehmend autoritäre Atmosphäre in Russland angetönt – inwiefern hat sich

denn die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen wie den «Soldatenmütter von St. Petersburg» in letzter Zeit verändert?

Die Beamten und Militärangehörigen führen sich immer unverschämter auf. Sie wissen, dass sie für ihr Verhalten nur in den seltensten Fällen zur Rechenschaft gezogen werden. Die Korruption wird immer schlimmer. Wer es sich leisten kann, der kauft sich heute für rund 4000 Schweizer Franken von der Armee los. Die meisten Menschen, die sich an uns wenden, können sich dies jedoch nicht leisten. Ihnen versuchen wir zu zeigen, wie sie sich auf legalem Weg helfen können. Doch wo wir vor wenigen Jahren noch erfolgreich auf gewisse in der Verfassung verbrieft Rechte pochen konnten, setzt sich die Armee heute häufig hemmungslos darüber hinweg.

Was uns als Nichtregierungsorganisation betrifft, so unterliegen wir seit einem Jahr dem neuen Gesetz über nichtkommerzielle Organisationen. Das versteckte Ziel dieses Gesetzes ist es, regierungskritische Organisationen zu kontrollieren, zu schikanieren und gar zum Schweigen zu bringen. Uns wird vorgeworfen, wir versuchten im Dienste des Westens, den Russischen Staat zu sabotieren. Vor wenigen Tagen mussten wir auf Grund des neuen Gesetzes unsere Organisation neu registrieren. Dazu mussten wir bis ins kleinste Detail Rechenschaft über unsere Tätigkeit ablegen und unsere Statuten abändern. Ausländische Mitglieder bei-

spielsweise mussten wir aus unserer Organisation ausschliessen. Das Ganze hat uns enorm viel Zeit gekostet. Nun warten wir auf eine Antwort der Behörden. Das Gesetz gibt den Behörden die Möglichkeit, uns jederzeit zu kontrollieren und es bietet die verschiedensten Möglichkeiten, uns die Registrierung zu verweigern, was in letzter Konsequenz zur Schliessung unserer Organisation führen würde. In Nishni Novgorod hat die Staatsanwaltschaft unlängst eine Menschenrechtsorganisation geschlossen, mit der Begründung, sie arbeite im Auftrag der USA. Ein ähnliches Schicksal könnte auch uns ereilen. Wir arbeiten also in einer sehr ungewissen Situation.

> KLAUS AMMANN <

Mehr Infos:

Der Schweizer Verein Pro Mira unterstützt die «Soldatenmütter von St. Petersburg» (www.promira.ch).